

# Gegen Kommerzialisierung der Zahnmedizin

## Vertreterversammlung der Bundes-KZV diskutiert über MVZ

*Das Thema „Medizinische Versorgungszentren“ (MVZ) beschäftigte auch die Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Die Delegierten sprachen sich mit deutlicher Mehrheit gegen die Industrialisierung der Zahnmedizin aus und forderten den Gesetzgeber auf, für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen MVZ und anderen Formen der Berufsausübung zu sorgen.*

Thema des einleitenden Impulsvortrags von Prof. Dr. Friedhelm Hase, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Zahnärztliche Behandlung im Gemeinsamen Bundesausschuss, war die Zukunft der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Er gab seiner Erwartung Ausdruck, dass die Gestaltungsspielräume weiter schrumpfen und der Trend zur Verstaatlichung in diesem Bereich unverändert zunehmen werde. Die Digitalisierung und die vielfältigen Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung seien aber Herausforderungen, die nur durch die Selbstverwaltung gelöst werden könnten.

Der Vorsitzende des Vorstandes der KZBV, Dr. Wolfgang Eßer, knüpfte hieran an und schilderte, dass vonseiten der Politik ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Selbstverwaltung im Bereich des Gesundheitswesens festzustellen sei. Die Bereitschaft zum Dialog müsse insoweit immer wieder gefordert werden. Am aktuellen Entwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) sei zu begrüßen, dass nach langen Jahren das Ziel des ersatzlosen Wegfalls der Degression erreicht werde. Der KZBV sei es im Bereich der Digitalisierung ein besonderes Anliegen, Bürokratielasten zu vermeiden, für sichere Kommunikationswege zu sorgen und den Datenschutz sowohl auf Patienten- als auch auf Zahnarztseite weiterzuentwickeln. Kritik übte Eßer am Vorgehen von Finanzinvestoren bei der Gründung von MVZ. Im Vordergrund stehe nicht das Bemühen um eine gute zahnärztliche Versorgung der Patienten, sondern die größtmögliche Abschöpfung von Gewinnen. Dieser schleichenden Kommerzialisierung der Zahnheilkunde werde sich die KZBV mit allen Mitteln entgegenstellen. Unverändert ver-



Foto: KZBV/Spillner

Dr. Wolfgang Eßer sieht es kritisch, wie Finanzinvestoren bei der Gründung von MVZ vorgehen. Im Vordergrund stehe nicht eine gute zahnärztliche Versorgung der Patienten, sondern die größtmögliche Abschöpfung von Gewinnen, so der KZBV-Vorsitzende.

suche die KZBV auch, dies im Wege einer Korrektur des Gesetzentwurfs zum TSVG zu erreichen.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KZBV, Martin Hendges, schilderte die Schwierigkeiten bei den laufenden Vergütungsverhandlungen zum Punktwert Zahnersatz 2019. Hier liege ein Angebot des Spitzenverbandes der Krankenkassen über eine Anhebung von 1,4 Prozent vor. Dies sei absolut inakzeptabel. Sein Vorstandskollege Dr. Karl-Georg Pochhammer berichtete über den aktuellen Stand in Sachen Online-Rollout (ORS 1). Nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen der KZBV habe Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine Fristverlängerung bewilligt – wenn Zahnarztpraxen bis zum 31. März 2019 die nötige Infrastrukturausstattung für das Versichertenstammdatenmanagement bestellt und bis zum 30. Juni 2019 installiert haben.

Die VV sprach sich mit deutlicher Mehrheit dafür aus, die Anzahl der angestellten Zahnärzte in den Praxen zu erhöhen, ohne dabei die Gefahr der Einstufung als Gewerbebetrieb außer Acht zu lassen. Dem Gesetzgeber gegenüber soll nach dem Willen der VV die Forderung aufgestellt werden, als Erfordernis für die Gründung und den Betrieb eines MVZ einen räumlichen und fachlichen Bezug gesetzlich zu verankern.

Andreas Mayer  
Justitiar und Geschäftsführer der KZVB